Nr. 167 XXVIII. Jahrgang

Dienstag, 6. Juli 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. **Einzelnummer 30 Pf.**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Realpolitik tut not

Die französische Presse vom 3. Juli ist mit Betrachtungen über Spa angefüllt. Der „Temps", der einige Tage zuvor vernünftige Anwandlungen hatte, findet die deutschen Denkschriften unzeitgemäß. Wichtiger ist, daß Lloyd George bei einem Empfang belgischer Journalisten gesagt haben soll, die Deutschen hätten kein Recht, den Vertrag zu erörtern, sondern nur ihre Ansichten über die zur Ausführung des Vertrages dienenden Maßnahmen kund zu tun. Das ist schließlich nur ein Streit um Worte. Es sind nicht Ansichten, sondern Tatsachen, die die deutschen Vertreter vorzutragen haben. Diese Tatsachen sind in dem Gutachten über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit niedergelegt. Werden sie berücksichtigt, werden die Maßnahmen zur Ausführung des Versailler Vertrages danach getroffen, so ist Deutschland in der Lage, ein festes Angebot zu machen.

In diesem Sinne hat auch Reichsminister Dr. Simons in Spa sich ausgelassen, daß Deutschland in festes Angebot machen könne, sobald ein volles Einverständnis über gewisse Voraussetzungen erzielt worden sei. Er sagte u. a. zu auswärtigen Pressevertretern in Spa: Nach dem Vertrage von Versailles sei der Betrag, den Deutschland an Wiedergutmachungen zu leisten hätte, im Mai 1921 festzusetzen. Aber wie die Dinge lägen, könnten weder Deutschland noch seine Vertragsgegner bis dahin warten, da sonst die Feststellung vernünftiger Budgets praktisch unmöglich sei. Auf die Frage, ob Deutschland eine bestimmte Summe nennen würde, die es unter allen Umständen zahlen könnte, antwortete Dr. Simons, das sei natürlich vollständig ausgeschlossen; aber wenn es durch eingehende, freimütige, mündliche Verhandlungen gelänge, volles Einverständnis über gewisse Voraussetzungen zu erlangen, so werde Deutschland sehr wohl in der Lage sein, ein festes Angebot zu machen. Dr. Simons betonte weiter, daß die Erfüllung des Vertrages durch Deutschland in der Hauptsache in Arbeit bestehen würde und daß diese Arbeit von drei Bedingungen abhänge: Rohmaterial, Lebensmittel und Frieden im Inlande. Diese Dinge, die ebenso grundlegend seien, wie die Zukunft Oberschlesiens, seien die wichtigste Voraussetzung, über die man sich zuerst einigen müsse, ehe Deutschland irgendein festes Angebot machen könne.

Diese Voraussetzungen sind im deutschen Gutachten, das wir an andrer Stelle im Auszug veröffentlichen, genauer entwickelt. Als solche widersprechen diese Voraussetzungen dem Versailler Vertrag nicht, sie dienen vielmehr dazu, ihn zur Ausführung zu bringen, soweit er überhaupt zur Ausführung gebracht werden kann. Auf die Maßnahmen hierzu kommt es an, insonderheit darauf, daß Deutschland sich wirtschaftlich wieder aufrichten vermag. Es gehört zu diesen Maßnahmen, daß der Verband dem Deutschen Reiche die innere Wirtschaftshoheit und nach außen im Wege der Gegenseitigkeit die Meistbegünstigung und die Gleichberechtigung zugesteht. Ebenso gehört dazu, daß Deutschland über jedes Maß wirtschaftlicher Kräfte verfügt, das notwendig ist, um gewisse Vertragsforderungen der Verbündeten zu erfüllen. Dazu zählt in erster Linie die Kohle, die auch einen besonderen Verhandlungsgegenstand in Spa ausmacht. Wenn England, Frankreich, Belgien und Italien die Kohlen erhalten sollen, die der Verband vorsieht, so darf Oberschlesien nicht an Polen fallen. Geschieht es, so reichen keine Zwangsmaßnahmen aus, um die Entschädigungen und die Kohlen zu sichern. Es ist wohl möglich, das Ruhrgebiet zu besetzen und die Kohlenförderung einseitig für den Verband zu beschlagnahmen, aber es gibt keine Maßnahmen, die dann verhindern könnten, daß Deutschland wirtschaftlich und politisch zusammenbricht.

Beharrt der Verband auf der Buchstabentreue des Versailler Vertrages, lehnt er ab, Realpolitik der Verständigung und des Wiederaufbaues Europas zu treiben, schädigt er sich selbst so sehr wie uns. Muß Deutschland darben, dann wird auch Frankreich nicht prassen können. Wird in Deutschland die politische Stimmung bis zur Verzweiflung getrieben, daß es wieder dahin kommt, daß man in weitesten Kreisen mit dem Gedanken der Annäherung an den Bolschewismus spielt, dann wird auch in Frankreich die Ruhe ernstlich gefährdet sein, und nicht nur in Frankreich allein, nein, in ganz Europa. Was Deutschland tun kann, um dieses Verhängnis abzuwenden, wird geschehen, doch Unmögliches darf man von uns nicht verlangen. Der Reichsminister Dr. Simons hat wohl nicht für seine Person erklärt, er werde nichts unterschreiben, was Deutschland nicht erfüllen könne. Das ist keine Trotzpolitik, vielmehr der Versuch, die Verhetzung und die Mißhelligkeiten aus dem Zusammenleben der europäischen Völker auszuschalten. Versagt diese Realpolitik, dann trägt der Verband die Verantwortung für alles, was kommt.

•

Deutschlands Leistungs- und Zahlungsfähigkeit

Aus dem eingehenden Gutachten der deutschen wirtschaftlichen Sachverständigen über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das am 30. Juni dem Obersten Rat neben zwei amtlichen Denkschriften über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die Steuerbelastung in Deutschland von der deutschen Regierung als Material für die Verhandlungen in Spa überreicht worden ist, sei folgendes hervorgehoben: Ueber das Angebot der deutschen Friedensdelegation in Versailles vom 29. Mai 1919, wobei Deutschland sich zu Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Gold verpflichten wollte, sagt das Gutachten: „Die Sachverständigen halten an sich den Grundgedanken des Angebots und die Erwägungen, von denen es ausging, im Prinzip und auch heute noch für richtig. Eine Wiederholung dieses Angebots könne jedoch heute nicht mehr erfolgen, weil einmal von den damals als integrierender Teil des deutschen Angebots aufgezählten Voraussetzungen (vor allem Belassung Ost- und Westpreußens, Oberschlesiens und des Saargebiets, Selbstbestimmungsrecht für Deutsch-Oesterreich, Belassung der Kolonien als Mandatar des Völkerbundes, Verzicht auf Auslieferung der Handelsflotte, keine Okkupation deutschen Gebiets) auch nicht eine einzige erfüllt worden sei, sodann aber auch die gesamte äußere und innere Wirtschaftslage Deutschlands sich unter erheblicher Mitschuld der alliierten und assoziierten Mächte wesentlich verschlechtert habe.

Bei der Erörterung der Möglichkeit deutscher Leistungen kommen die Sachverständigen zu der Auffassung, daß die Bemühungen aller Beteiligten auf die Lösung der einzigen wirklich großen Fragen konzentriert werden sollten, die der Kohlenlieferungen und der Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Frankreichs im eigentlichen Sinne. – Bei der Kohlenlieferung bleibt nach Ansicht der Sachverständigen kein andrer Ausweg, als den gegnerischen Staaten, insbesondere also Frankreich, zwar eine Option auf bestimmte Kohlenmengen zu gewähren, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Lieferungen auf Basis der im freien Wettbewerb sich bildenden deutschen bzw. englischen Ausfuhrpreise tatsächlich bezahlt werden. Deutschland würde sich dann verpflichten müssen, die Einkünfte aus diesem Posten in erster Linie für die Erfüllung der in Geld auszudrückenden Wiedergutmachungsleistung sicherzustellen.

Weiter ist erforderlich, daß Deutschland, da es nicht genügend exportieren kann, einen Teil seiner lebendigen Kräfte ins Ausland sendet, um durch werbende Arbeit einen weiteren Betrag aus ausländischen Zahlungsmitteln zur Abgeltung seiner Wiedergutmachungsschuld zu erhalten. Die Sachverständigen halten es, solange andre Betätigungsmöglichkeiten größerer Bevölkerungsmassen im Ausland den Deutschen durch Kolonien nicht gewährt werden, für unerläßlich, daß die Verhandlungen über eine Arbeitsbeteiligung beim Wiederaufbau Frankreichs mit allem Nachdruck fortgesetzt und einem greifbaren Ergebnis zugeführt werden.

Schließlich beschäftigt sich die Denkschrift mit den

Voraussetzungen für die Abgabe eines neuen deutschen Angebots

und kommt zu dem Ergebnis, daß ein solches Angebot nur möglich ist, wenn bei der Ausführung des Vertrages zu Versailles von folgenden Voraussetzungen ausgegangen wird, die allerdings eine abschließende Aufzählung nicht darstellen:

Deutschland wird im Wege der Gegenseitigkeit Meistbegünstigung, wirtschaftliche Gleichberechtigung und Rechtssicherheit im Auslande gewährt.

Der Wirtschaftsfrieden wird durch ausdrücklich zuzusagende Nichtanwendung der Repressalienklauseln gesichert.

Deutschlands Wirtschaftshoheit im Inland bleibt unangetastet.

Deutschlands Einheit als Zollgebiet wird durch keinerlei Eingriffe gefährdet.

Freier Verkehr mit Ostpreußen wird gewährleistet.

Die Lasten aus der Okkupation werden durch Begrenzung gemildert.

Die Restitutionen der aus den besetzten Gebieten weggeführten Gegenstände müssen in das System der Wiedergutmachungsschuld eingegliedert werden.

Die finanzielle Auseinandersetzung mit den ehemaligen Bundesgenossen wird unter Mitwirkung der Entente ermöglicht.

Deutschland wird der zu seiner Existenz notwendige Schiffsraum zur Verfügung gestellt.

Der Gegenwert der bereits liquidierten und das Eigentum an den noch nicht liquidierten deutschen Rechten und Interessen im Auslande bleibt den Berechtigten zu unmittelbarer Verfügung erhalten.

Die Erhaltung Oberschlesiens bildet die unerläßliche Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsverpflichtung für Deutschland. Sollte wider alles Erwarten die Abstimmung gegen Deutschland ausfallen, so würde die Abgabe eines deutschen Wiedergutmachungsangebots hinfällig werden müssen, da die Unfähigkeit Deutschlands zu nennenswerten Leistungen ohne Gegenleistung ohnehin für alle Welt erkennbar sein würde.

Das Gutachten schließt: Selbst nach Erfüllung dieser Voraussetzungen bleibt Deutschlands Lage ungeklärt und gefährdet. Es besteht für noch nicht absehbare Zeit keine andre Möglichkeit, als den Notwendigkeiten des Staatshaushaltes, soweit äußerste Einschränkung und stärkste Steueranspannung nicht ausreichen, durch hemmungslose Ausgabe neuen Papiergeldes zu genügen. Dieses Verfahren läßt sich wegen der sozialen Wirkungen der ständigen Preisveränderungen nur noch kurze Zeit fortsetzen. Was dann kommen wird, ist ungewiß.

Ohne raschen Beginn wahrhaft solidarischen Zusammenarbeitens der Völker sind die in der gestörten Weltordnung liegenden Ursachen der Wirtschafts- und Währungsnot nicht zu beseitigen.

Hunderte Gefangene noch in Frankreich?

+ **Berlin**, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Abgeordneten Dr. Freiherr v. Lersner, Dr. Moldenhauer und Adam haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: In Avignon werden mehrere Hundert kriegsgefangene Deutsche zurückbehalten. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Freigabe dieser und der übrigen noch in Frankreich zurückbehaltenen Kriegsgefangenen zu erlangen.

•

Die Rückgabe der Kriegstrophäen an Frankreich

B. **Berlin**, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Entsprechend dem Artikel 145 des Versailler Friedensvertrages hat die französische Regierung nun von Deutschland die Rückgabe der namentlich bezeichneten Trophäen aus den beiden letzten Kriegen 1870/71 und 1914/18 bis zum 31. August angefordert.

Die Verteilung der Beute

Havas-Reuter meldet aus Brüssel: Auf der Konferenz wurde fast ausschließlich die Frage der Verteilung der deutschen Entschädigung erörtert. Ein Einvernehmen ist so gut wie hergestellt, und zwar auf folgender Grundlage: Frankreich erhält 52 Prozent, England 22 Prozent, Italien 10 Prozent, Belgien 8 Prozent und Serbien 5 Prozent. Der Rest wird unter Rumänien, Portugal und Japan verteilt. Italien soll außerdem noch eine Kompensation wirtschaftlicher und finanzieller Art erhalten.

•

Giolitti kommt nicht

Kg. **Rotterdam**, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **Reuter meldet aus Rom: Giolitti hat auf seine Reise nach Brüssel und Spa wegen dringender Abhaltungen verzichtet.**

Drei Fragen

☞ **Paris**, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **Den deutschen Delegierten werden in der heutigen Eröffnungssitzung in Spa drei Fragen vorgelegt werden.**

1. Warum auf die drei Noten der Ententemächte wegen der Abrüstung bisher keine Antwort eingegangen ist.

2. Wird ihnen eine Liste der nichterfüllten Bestimmungen des Friedensvertrages vorgelegt werden, namentlich wegen der Ablieferung des deutschen Kriegsmaterials und der deutschen Kriegsbeute.

3. Schließlich wird man sie fragen, wie sie künftig die Bedingungen zu erfüllen gedenken.

Von der Art, wie die Deutschen diese Fragen beantworten werden, soll, nach Mitteilung des „Temps", der weitere Verlauf der Konferenz abhängen.

•

In Spa eingetroffen

* **Spa**, 5. Juli. Die deutsche Delegation mit dem Reichskanzler Fehrenbach an der Spitze ist kurz nach 3 Uhr in Spa eingetroffen. Zum Empfang hatte sich der Generalsekretär der Konferenz Jacquemin am Bahnhof eingefunden, der den Kanzler im Namen des belgischen Außenministers begrüßte. Der Empfang verlief ohne jeden Zwischenfall. Das zahlreich erschienene Publikum enthielt sich jeder Kundgebung. Bei der Ankunft der deutschen Delegation fiel starker Regen. Der Reichskanzler fuhr mit dem Sekretär der belgischen Delegation nach der Villa Deflorbiers, die für ihn bereitgestellt war. Sodann begaben sich die übrigen Mitglieder der Delegation und der ganze Stab von Mitarbeitern, Sachverständigen in zehn Automobilen in das Hotel Jeanette de Loubin.

Spa zeigt reichen Flaggenschmuck in den Farben aller verbündeten Nationen. Alle Hotels sind überfüllt. Ein großer Teil der Gäste muß in Privathäusern untergebracht werden. Beim Empfang der deutschen Abordnung wies denn auch Jacquemin auf die großen Unterbringungsschwierigkeiten hin. In der Tat ist zu befürchten, daß trotz allen Bemühungen der belgischen Behörden die Arbeiten der Konferenz auf nicht geringe technische Schwierigkeiten stoßen werden. Die Deutschen werden in ihrem Hotel eine eigene telegraphische und telephonische Verbindung zur Verfügung haben, die jedoch noch nicht in Betrieb ist. Auch die übrige Organisation der deutschen Vertretung scheint noch stark in den Anfängen zu stecken. Die erste Besprechung der beteiligten Staatsmänner soll morgen vormittag stattfinden. Es wird sich jedoch hierbei vermutlich noch nicht um die eigentliche Eröffnungssitzung handeln.

In der ersten Sitzung wird es sich zunächst darum handeln, die deutschen Vollmachten kennenzulernen. Die erste Frage, die gestellt werden wird, betrifft die drei Noten, die im Anschluß an die Konferenz in Boulogne an die deutsche Regierung gerichtet worden sind, und die Gründe, weshalb Deutschland diese Noten noch nicht beantwortet hat. Darauf werden die Fragen der Entwaffnung, der Wiedergutmachung, der Kohlenlieferung und wahrscheinlich auch die Frage von Danzig besprochen werden.

•

Das Verhalten der Bevölkerung

+ **Spa**, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Bevölkerung von Spa ist, wie unser Sonderberichterstatter gestern auf einem Rundgang durch die festlich geschmückte Stadt feststellen konnte, nicht von der Deutschfeindlichkeit erfüllt, wie es die belgische Presse Glauben machen möchte. Die Beamten der Post, Behörden usw. sind zuvorkommend. Nur das Stadtblättchen, „Die Tribüne von Spa", bringt die Meldung von der Ankunft der deutschen Delegation in Spa unter der Ueberschrift „Die Repräsentationsfoches", eine alte vernunftlose Methode, die von dem Geist der Sachlichkeit, die in Spa herrschen sollte, unangenehm absticht.

Am heutigen Abend wird sich die deutsche Delegation zu einer internen Sitzung zusammenfinden. Auch in dem glänzenden Hotel L'Europe, das die Engländer bewohnen, findet heute abend eine Sitzung statt. Die neu gestrichenen und aufgearbeiteten Räume des Badehauses sind den zahlreichen Pressevertretern zugewiesen worden. Für die deutsche Presse dagegen ist von keiner Seite etwas geschehen.

„Echo de Paris" meldet aus Spa: Eine Abteilung Sicherheitstruppen und Polizeimannschaften sind am Sonnabend in Spa eingetroffen, um die Hotels, in denen sich die Delegierten der ausländischen Mächte aufhalten werden, unter Schutz zu stellen. Eine Bekanntmachung des Bürgermeisters in Spa ermahnt die Bevölkerung zu einem würdigen Verhalten gegen die deutsche Delegation. Zugleich ist jede Ansammlung vor dem Hotel, in dem die Deutschen wohnen, streng verboten.

Bryan-Wilson und der Friede

Wie der „Nieuwe Rotterd. Courr." aus San Francisco meldet, gab Bryan in seiner Rede, in der er seine später abgelehnten Anträge für das Wahlprogramm begründete, seiner unerschütterlichen Treue für Wilson Ausdruck und erklärte, er würde gern aufs Schaffot steigen, wenn er damit die Ratifikation des Friedens herbeiführen könne. Die Delegierten brachten Bryan darauf eine gewaltige Huldigung dar.

Wilson erklärte in einem Antworttelegramm auf die an ihn gerichtete Kundgebung des Konvents u. a.: Während unsre Gegner danach streben, uns von den Völkern der Welt abzuschneiden, lassen wir uns den einsichtsvollen Rat der Gründer der Republik als Wegweiser dienen, die der Welt versprochen haben, daß das amerikanische freie Volk überall, wo es sich um Freiheit und Menschentum handelt, mit Rat und Tat eingreift. Dieses Versprechen haben wir nach reiflichem Ueberlegen erneuert, als wir in den großen Krieg eintraten. Den Weg, den die Partei eingeschlagen hat, erfüllt mich mit dem Vertrauen, daß wir siegen werden.

Die Russen in Minsk

Kg. **Rotterdam**, 5. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **Die „Times" melden aus Riga den Einmarsch roter Truppen in Minsk.**

Die Milchmädchenrechnung der Entente

Von Dr. **August Müller**, Reichsminister a. D.

Die in Fragen der auswärtigen Politik — in dieser Hinsicht viel disziplinierter als die deutsche Presse — jedem Winke gehorsame Ententepresse bereitet Spa ungefähr ähnlich so vor wie vor einem Jahre Versailles: durch verwirrende Angaben über die deutschen Entschädigungsverpflichtungen. Namentlich was in der französischen Presse hierüber zusammenphantasiert wird, bleibt jenseits aller diskutierbaren Möglichkeiten und zeigt, daß die heutigen Franzosen sich nur wenig von der braven Milchdäuerin Piérette aus der klugen Fabel des Lafontaine unterscheiden, deren Rechnungsmethode sprichwörtlich geworden ist.

Was zu diesen unsinnigen Entschädigungsforderungen zu sagen ist, hat schon Keynes in seiner bekannten Schrift über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags ausgeführt. Die ruhige Sachlichkeit dieses ausgezeichneten Beurteilers der heutigen europäischen Zustände scheint aber trotz der starken Verbreitung seiner Schrift bisher noch keine praktische Wirkung ausgeübt zu haben. Wäre es der Fall, so würden die Entente-Staatsmänner schon längst damit begonnen haben, ihre Landsleute auf die Enttäuschungen vorzubereiten, die sie notwendigerweise erfahren müssen, wenn sie tatsächlich damit rechnen, von Deutschland Entschädigungen zu erhalten, die sich noch beträchtlich über 100 Milliarden Goldmark bewegen. Denn alle diese Zahlenphantasien gehen an dem entscheidenden Gesichtspunkt vorüber: daß dasjenige Kriegsziel, das die Entente recht gründlich verwirklicht hat, die Vernichtung der Voraussetzungen war, auf denen die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands beruhte.

Es gibt zwei Quellen, aus denen die Entente zu schöpfen vermag. Die eine Quelle ist der Ueberschuß, den die deutsche Arbeit im Inland über den notwendigen Verbrauch hinaus erzielen kann; die andre Quelle ist in der Möglichkeit zu erblicken, den Export Deutschlands wieder so zu gestalten, daß ein Ueberschuß entsteht. In der Zeit der höchsten Blüte deutschen Wirtschaftslebens, 1913, schätzte Helfferich, daß der jährliche Vermögenszuwachs in Deutschland acht bis achteinhalb Milliarden Mark betrage. Keynes glaubt, daß das heutige Deutschland höchstenfalls mit einem Reinerträgnis der deutschen Volkswirtschaft von achthundert Millionen Mark rechnen könne. Auch das ist irrig. Die deutsche Volkswirtschaft gleicht einem Privatunternehmen, das fallit geworden ist, seinen Betrieb aber in beschränktem Maße dadurch fortzusetzen versucht, daß es durch Verschleiß eines Teils seiner Einrichtungsgegenstände und durch zunehmende Verschuldung sich von einer Woche zur andern fortschlägt. Von Ueberschüssen kann bei einem solchen Betrieb nicht die Rede sein, sondern nur von ständig fortschreitender Verarmung und ständig größer werdender Unterbilanz. Wurden schon die achteinhalb Milliarden Mark, die vor dem Kriege den volkswirtschaftlichen Reinertrag bildeten, zum größten Teil nicht verzehrt, sondern neu investiert, so kann das durch die Amputationen des Friedensvertrages, durch Kriegs- und Revolutionsfolgen in seiner Leistungsfähigkeit ungemein geschwächte Deutschland nur wieder zu einem Ueberschußbetrieb gemacht werden, wenn auf Jahre hinaus erhebliche Mittel als Produktivkapital der deutschen Volkswirtschaft zugeführt werden. Die notwendigen Reninvestierungen können zunächst nur durch Kreditierung beschafft werden, später wird längere Zeit ein etwa vorhandener Ueberschuß immer wieder aufs neue in die Produktion hineingesteckt werden müssen, wenn sie die frühere Leistungsfähigkeit wiedergewinnen soll. Woher bei diesem Zustand der Dinge auch bei der allergrößten Einschränkung des Verbrauchs des deutschen Volkes Ueberschüsse in nennenswerter Höhe für Entschädigungsleistungen kommen sollen, ist unerfindlich.

Bleibt der zweite Weg: einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr zu erzielen und mit diesem Ueberschuß die Entente zu entschädigen. In der Tat, Keynes hat sicherlich recht, wenn er schreibt: „Wenn die Verbündeten Handel und Industrie Deutschlands für einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren „fördern", es während dieses Zeitraums mit großen Anleihen, reichlichem Schiffsraum, Lebensmitteln und Rohstoffen versehen, ihm Märkte beschafften und mit Ueberlegung alle ihre Hilfsquellen und ihren guten Willen darauf verwendeten, es zum größten Industriestaat Europas, wenn nicht der Welt, zu machen, ließe sich wahrscheinlich eine wesentlich größere Summe aus ihm herausschlagen, denn Deutschlands Leistungsfähigkeit könnte sehr groß sein." Mit einer solchen Methode der Wiedergutmachung könnte sich Deutschland abfinden. War es aber, vom Standpunkt der Entente aus gesehen, nicht der Zweck des Weltkrieges, die deutsche Konkurrenz zu vernichten? Und kann man glauben, daß die Entente die notwendige Hilfe leisten wird, um Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit in verstärktem Maße wieder zu verleihen? Die Erfüllung der Voraussetzungen, die Deutschland erhebliche Zahlungen ermöglichen würden, bedeutet zugleich die Vernichtung des Grundgedankens, den insbesondere England im Friedensvertrag mit allem Nachdruck uns bis in die letzten Konsequenzen zur Ausführung gebracht hat: die Verdrängung Deutschlands aus dem internationalen Geschäft. Wie sollen unter diesen Umständen die ausschweifenden Hoffnungen befriedigt werden, die man im Ententelager an die deutsche Tributpflicht knüpft?

Deutschland kann natürlich, wenn man ihm zunächst Zeit zur Erholung läßt und ihm Hilfe erweist, die Milliarden zahlen, die für die eigentliche „Wiedergutmachung" erforderlich sind. Keynes berechnet hierfür etwa vierzig Milliarden Goldmark und es wird Deutschland bei ein-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200706/1